

1. Juni 2022

Interpellationvon Samuel Balsiger (SVP)
und Johann Widmer (SVP)

Die Schweiz ist ein föderalistischer Rechtsstaat. Das bedeutet: Die Macht ist auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden aufgeteilt. Jede Ebene hat ihre eigenen Aufgaben und Kompetenzen. Die kleinste politische Einheit ist die Gemeinde.

Auch die Stadt Zürich als Gemeinde muss sich zwingend an den Rechtsstaat und das übergeordnete Recht halten. Zwingend.

Doch der Stadtrat bekundet vermehrt Schwierigkeiten damit. Er liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Ein Beispiel: Der Abschreiber beim Stadtspital Triemli in der Höhe von 176 Millionen Steuerfranken. Das Verwaltungsgericht stellt im Januar 2022 fest: Diese Finanz-Trickserei ist widerrechtlich (NZZ, 28.01.2022).

Es gehört ebenfalls zum Rechtsstaat, dass der Gemeinderat mit seinen demokratisch gewählten Volksvertretern den Stadtrat kontrolliert und Missstände in der Amtsführung benennt. Deshalb hat die SVP die Interpellation GR Nr. 2022/190 zu den unzähligen Verfehlungen der Skandal-Regierung eingereicht.

Die SVP will vom Stadtrat unter anderem wissen, welche Schlüsse er aus seinen widerrechtlichen Entscheidungen zieht und ob der Stadtrat zukünftig konsequent den Rechtsstaat und das übergeordnete Recht achten wird.

Zum übergeordneten Recht gehören auch die in der Bundesverfassung garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Zensurverbot. Die Bundesverfassung steht auf der obersten Stufe des schweizerischen Rechtssystems.

Mit einem Inserat im Tagblatt wollte der Erstunterzeichner dieser schriftlichen Anfrage einige Skandale des Stadtrates an die Öffentlichkeit bringen. Alle Inhalte sind mit Quellen belegt: Neue Zürcher Zeitung und Limmattaler Zeitung. Auch hat die Stadtverwaltung am 17. Mai 2022 schriftlich die Verwendung des offiziellen Stadtrat-Bildes genehmigt. Der Erstunterzeichner legte das Inserat einem erfahrenen Medienanwalt vor. Dieser hatte keine rechtlichen Bedenken für eine Veröffentlichung.

Über einen Anzeigenverkäufer buchte der Erstunterzeichner das Inserat im Tagblatt und sendete es ein. Was aber dann folgte, lässt die Stadtverwaltung und/oder den Stadtrat erneut in einem sehr schlechten Licht erscheinen.

Obwohl in der Schweiz die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Zensurverbot gilt, wurde dem Erstunterzeichner diktiert, welche Wörter er im Inserat verwenden darf und welche nicht. Das Bild musste ebenfalls mehrmals abgeändert werden. Am Schluss wurde das Inserat dennoch abgelehnt. Es darf gemäss der Stadtverwaltung und/oder dem Stadtrat nicht im Tagblatt erscheinen.

Wer genau die einer Demokratie unwürdigen Änderungen am Inserat und schlussendlich die skandalöse Zensur direkt oder indirekt diktierte, ist dem Erstunterzeichner nicht bekannt. Sicher ist jedoch, dass das Diktat aus der Stadtverwaltung als verlängerter Arm des Stadtrates kam.

Will der Stadtrat also ein Inserat verhindern, welches seine schlechte Amtsführung an die Öffentlichkeit bringt? Will der Stadtrat ähnlich wie in Russland einem demokratisch gewählten Volksvertreter und einer Zeitung diktieren, was veröffentlicht werden darf und was nicht?

Und drohte die Stadtverwaltung den Verantwortlichen des Tagblattes mit ernsthaften Nachteilen, sollte das Inserat dennoch erscheinen?

Bei der Beilage 1 ist die erste Version des Inserates ersichtlich, die am 19. Mai 2022 an den Anzeigenverkäufer ging. Schriftliche Rückmeldung über den Anzeigenverkäufer (Zitat) zur Beilage 1:

«Das Wort Skandal müssen wir umschiffen

Titel: Die linke Regierung ... Skandal muss weg

- Skandal mit «fragwürdiger Leistungsausweis» ersetzen
- ... Liste der Verfehlungen ist lang

So könnte es klappen.»

Bei der Beilage 2 ist die zweite Version des Inserates ersichtlich, die am 19. Mai 2022 an den Anzeigenverkäufer ging. Der Erstunterzeichner teilte dem Anzeigenverkäufer nun auch mit, dass er das Bildrecht schriftlich bekommen hat. Das Bildrecht war anfänglich nicht Gegenstand der Ablehnung. Schriftliche Rückmeldung über den Anzeigenverkäufer (Zitat) zur Beilage 2:

«Unten die verlangten Anpassungen:

Alt: Linke Flop-Regierung in der Kritik

Angepasst: Linke Regierung in der Kritik

Alt: Im Gemeinderat stellt die städtische SVP die linke Flopp-Regierung

Angepasst: Im Gemeinderat stellt die städtische SVP die linke Regierung

Alt: Die Flop-Liste ist lang:

Angepasst: Die Liste ist lang:

Alt: Kauf von Gammelhäuser

Angepasst: Kauf von Gammelhäusern

Alt: Machen Sie auch miese Erfahrungen

Angepasst: Machen Sie auch schlechte Erfahrungen»

Der Erstunterzeichner verlangte über den Anzeigenverkäufer, dass die Stadtverwaltung ihre Einwände gegen das Inserat nun schriftlich begründet.

Bei der Beilage 3 ist die dritte Version des Inserates ersichtlich, die am 20. Mai 2022 an den Anzeigenverkäufer ging. Schriftliche Rückmeldung über den Anzeigenverkäufer (Zitat) zur Beilage 3:

«1.-Im Inserat ist nicht der ganze Stadtrat abgebildet, sondern nur dessen links-grüne Vertreter, obwohl im Inserate Text nur allgemein vom Stadtrat, also dem ganzen Stadtrat inklusive rechts-bürgerlicher Vertreter, die Rede ist.

2.-Mit dem Bild werden Personen direkt mit einem «Skandal» in Zusammenhang gebracht, obwohl nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob jede/jeder für alle der aufgeführten Punkte verantwortlich ist (= Sippenhaft) bzw. ob ihre Stimme jeweils den Ausschlag dafür gab. Zumindest geht dies aus dem Inseratetext nicht hervor.»

Anschliessend ist die schriftliche Druckfreigabe am 23. Mai 2022 dem Erstunterzeichner über den Anzeigenverkäufer erteilt worden. Die Druckfreigabe wurde jedoch wieder zurückgezogen. Intervenierete der Stadtrat? Schriftliche Rückmeldung über den Anzeigenverkäufer (Zitat):

«Ganzer Stadtrat abbilden, dann geht's. Wir kommen noch rein. Ich brauche das DM (Druckmaterial, Anmerkung) subito.»

Bei der Beilage 4 ist die vierte Version des Inserates ersichtlich, die am 24. Mai 2022 an den Anzeigenverkäufer ging. Telefonische Rückmeldung über den Anzeigenverkäufer zur Beilage 4:

Für eine Veröffentlichung muss das Stadtrat-Bild mit allen Personen unverändert abgebildet sein.

Bei der Beilage 5 ist die fünfte Version des Inserates ersichtlich, die am 24. Mai 2022 an den Anzeigenverkäufer ging.

Anschliessend ist die schriftliche Druckfreigabe am 24. Mai 2022 über den Anzeigenverkäufer dem Erstunterzeichner erteilt worden. Die Druckfreigabe wurde jedoch zum zweiten Mal wieder zurückgezogen. Intervenierete der Stadtrat erneut?

Mit dem Stadtrat-Bild würde das Inserat nun doch nicht veröffentlicht. Obwohl das Bild anfänglich keine Diskussion war und die Stadtverwaltung schriftlich die Verwendung genehmigte. Mit fadenscheinigen Begründungen versucht die Stadtverwaltung als verlängerter Arm des Stadtrates die Veröffentlichung des Inserates zu verhindern. Doch in der Bundesverfassung steht: «Zensur ist verboten». Zudem gilt in unserem Rechtsstaat die Meinungs- und Informationsfreiheit.

Unabhängig von der Beantwortung der Interpellation GR Nr. 2022/190 sowie des vorliegenden Vorstosses behält sich der Erstunterzeichner eine Beschwerde beim Bezirksrat vor.

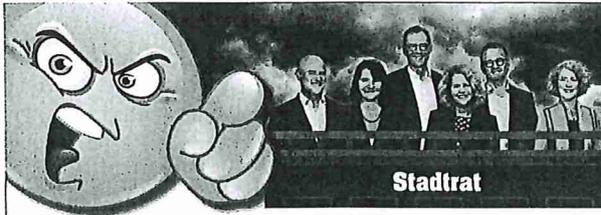


In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie äussert sich der Stadtrat zu diesem Vorfall? Der Stadtrat muss dazu eine Meinung haben, immerhin war zumindest seine Verwaltung darin involviert.
2. Wer aus der Stadtverwaltung und/oder aus dem Stadtrat diktierte direkt oder indirekt die Änderungen und schlussendlich die Ablehnungen des Inserates? Wir bitten gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip um die Offenlegung der internen Kommunikation der Stadtverwaltung und/oder des Stadtrates zu diesem Vorfall.
3. Mit welcher Begründung der Stadtverwaltung und/oder des Stadtrates darf das Inserat nicht im Tagblatt erscheinen, obwohl die Verantwortlichen des Tagblattes einer Veröffentlichung mehrmals zustimmten?
4. Warum darf gemäss der Stadtverwaltung und/oder dem Stadtrat im Inserat «Skandal-Regierung» nicht genannt werden?
5. Warum darf gemäss der Stadtverwaltung und/oder dem Stadtrat im Inserat «Flop-Regierung» nicht genannt werden?
6. Drohte die Stadtverwaltung den Verantwortlichen des Tagblattes mit ernsthaften Nachteilen, sollten sie das Inserat dennoch veröffentlichen? Wurde angedroht, das Tagblatt nicht mehr als Amtsblatt zu berücksichtigen? Falls ja, hält der Rechtskonsulent des Stadtrates eine solche Androhung ernsthafter Nachteile für eine Nötigung gemäss Strafgesetzbuch?

Samuel Bodiger
u. W. d. r.

Beilage 1:



Stadtrat

Linke Skandal-Regierung in der Kritik

Die linke Regierung der Stadt Zürich liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Doch die SVP-Fraktion als demokratisches Kontrollorgan nimmt ihre Verantwortung wahr. Im Gemeinderat stellt die städtische SVP die linke Skandal-Regierung mit einem Vorstoss (GR Nr. 2022/190) zur Rede! **Die Skandal-Liste ist lang:**

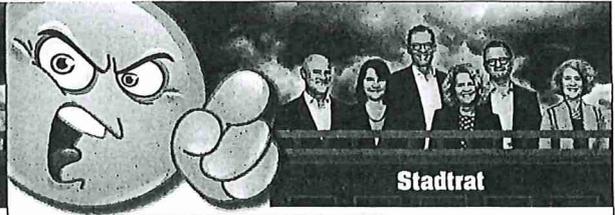
- 🗨️ **Kauf von Gammelhäuser** in Höhe von **32 Millionen Steuerfranken** «Der Zürcher Gammelhaus-Deal scheitert vor Gericht» (NZZ, 25.09.2017)
- 🗨️ **Widerrechtliche Finanz-Trickserei** beim Stadtspital in Höhe von **176 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 28.01.2022)
- 🗨️ Der Stadtrat wollte irgendwelchen Migranten, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen! Die Limmattaler Zeitung schreibt im

Dezember 2021: «Das Projekt verstösst laut einem Entscheid des Bezirksrats gegen ausländerechtliche Bestimmungen des Bundes.»

- 🗨️ **Fehlinvestitionen beim Triemli-Spital** von **290 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 23.04.2021)
- 🗨️ **Unzulässiges Tempo 30-Regime** auf der **Rosengartenstrasse!** Die Kantonspolizei hat dem Zürcher Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als **unzulässig erachtet**, schreibt die NZZ im Oktober 2021.

PS: Machen Sie auch **miese Erfahrungen** mit der linken Skandal-Regierung oder haben Sie sonstige Anliegen: anlaufstelle@samuelbalsiger.ch

Beilage 2



Stadtrat

Linke Flop-Regierung in der Kritik

Die linke Regierung der Stadt Zürich liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Doch die SVP-Fraktion als demokratisches Kontrollorgan nimmt ihre Verantwortung wahr. Im Gemeinderat stellt die städtische SVP die linke Flop-Regierung mit einem Vorstoss (GR Nr. 2022/190) zur Rede! **Die Flop-Liste ist lang:**

- 🗨️ **Kauf von Gammelhäuser** in Höhe von **32 Millionen Steuerfranken** «Der Zürcher Gammelhaus-Deal scheitert vor Gericht» (NZZ, 25.09.2017)
- 🗨️ **Widerrechtliche Finanz-Trickserei** beim Stadtspital in Höhe von **176 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 28.01.2022)
- 🗨️ Der Stadtrat wollte irgendwelchen Migranten, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen! Die Limmattaler Zeitung schreibt im

Dezember 2021: «Das Projekt verstösst laut einem Entscheid des Bezirksrats gegen ausländerechtliche Bestimmungen des Bundes.»

- 🗨️ **Fehlinvestitionen beim Triemli-Spital** von **290 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 23.04.2021)
- 🗨️ **Unzulässiges Tempo 30-Regime** auf der **Rosengartenstrasse!** Die Kantonspolizei hat dem Zürcher Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als **unzulässig erachtet**, schreibt die NZZ im Oktober 2021.

PS: Machen Sie auch **miese Erfahrungen** mit der linken Skandal-Regierung oder haben Sie sonstige Anliegen: anlaufstelle@samuelbalsiger.ch

Beilage 3



Stadtrat

Linke Regierung auf der «Anklagebank»

Der linke Stadtrat liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Doch die SVP-Fraktion als demokratisches Kontrollorgan nimmt ihre Verantwortung wahr. Im Gemeinderat stellt die städtische SVP den linken Stadtrat mit einem Vorstoss (GR Nr. 2022/190) zur Rede! **Die Liste der Verfehlungen ist lang. Ein Auszug:**

- 🗨️ **Kauf von Gammelhäuser** in Höhe von **32 Millionen Steuerfranken** «Der Zürcher Gammelhaus-Deal scheitert vor Gericht» (NZZ, 25.09.2017)
- 🗨️ **Widerrechtliche Finanz-Trickserei** beim Stadtspital in Höhe von **176 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 28.01.2022)
- 🗨️ Der Stadtrat wollte irgendwelchen Migranten, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen! Die Limmattaler Zeitung schreibt im Dezember 2021: «Das Projekt verstösst laut einem Entscheid

des Bezirksrats gegen ausländerechtliche Bestimmungen des Bundes.»

- 🗨️ **Fehlinvestitionen** beim Triemli-Spital von **290 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 23.04.2021)
- 🗨️ **Unzulässiges Tempo 30-Regime** auf der **Rosengartenstrasse!** «Die Kantonspolizei hat dem Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als **unzulässig erachtet**», schreibt die NZZ im Oktober 2021.

PS: Machen Sie auch **schlechte Erfahrungen** mit der linken Regierung oder haben Sie sonstige Anliegen: anlaufstelle@samuelbalsiger.ch

Beilage 4



Stadtrat

Linke Regierung auf der «Anklagebank»

Der linke Stadtrat liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Doch die SVP-Fraktion als demokratisches Kontrollorgan nimmt ihre Verantwortung wahr. Im Gemeinderat stellt die städtische SVP den linken Stadtrat mit einem Vorstoss (GR Nr. 2022/190) zur Rede! **Die Liste der Verfehlungen ist lang. Ein Auszug:**

- 🗨️ **Kauf von Gammelhäuser** in Höhe von **32 Millionen Steuerfranken** «Der Zürcher Gammelhaus-Deal scheitert vor Gericht» (NZZ, 25.09.2017)
- 🗨️ **Widerrechtliche Finanz-Trickserei** beim Stadtspital in Höhe von **176 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 28.01.2022)
- 🗨️ Der Stadtrat wollte irgendwelchen Migranten, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen! Die Limmattaler Zeitung schreibt im Dezember 2021: «Das Projekt verstösst laut einem Entscheid

des Bezirksrats gegen ausländerechtliche Bestimmungen des Bundes.»

- 🗨️ **Fehlinvestitionen** beim Triemli-Spital von **290 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 23.04.2021)
- 🗨️ **Unzulässiges Tempo 30-Regime** auf der **Rosengartenstrasse!** «Die Kantonspolizei hat dem Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als **unzulässig erachtet**», schreibt die NZZ im Oktober 2021.

PS: Machen Sie auch **schlechte Erfahrungen** mit der linken Regierung oder haben Sie sonstige Anliegen: anlaufstelle@samuelbalsiger.ch

Beilage 5



Stadtrat

Linke Regierung auf der «Anklagebank»

Der linke Stadtrat liefert seit Jahren Skandal um Skandal. Doch die SVP-Fraktion als demokratisches Kontrollorgan nimmt ihre Verantwortung wahr. Im Gemeinderat stellt die städtische SVP den linken Stadtrat mit einem Vorstoss (GR Nr. 2022/190) zur Rede! **Die Liste der Verfehlungen ist lang. Ein Auszug:**

- 🗨️ **Kauf von Gammelhäuser** in Höhe von **32 Millionen Steuerfranken** «Der Zürcher Gammelhaus-Deal scheitert vor Gericht» (NZZ, 25.09.2017)
- 🗨️ **Widerrechtliche Finanz-Trickserei** beim Stadtspital in Höhe von **176 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 28.01.2022)
- 🗨️ Der Stadtrat wollte irgendwelchen Migranten, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen! Die Limmattaler Zeitung schreibt im Dezember 2021: «Das Projekt verstösst laut einem Entscheid

des Bezirksrats gegen ausländerechtliche Bestimmungen des Bundes.»

- 🗨️ **Fehlinvestitionen** beim Triemli-Spital von **290 Millionen Steuerfranken** (NZZ, 23.04.2021)
- 🗨️ **Unzulässiges Tempo 30-Regime** auf der **Rosengartenstrasse!** «Die Kantonspolizei hat dem Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als **unzulässig erachtet**», schreibt die NZZ im Oktober 2021.

PS: Machen Sie auch **schlechte Erfahrungen** mit der linken Regierung oder haben Sie sonstige Anliegen: anlaufstelle@samuelbalsiger.ch